

INFLATIONSZEITALTER: WISSENSWERTES KURZ GEFASST

Die Zentralbanken streben eine Geldentwertung von 2% für die nächsten Jahre an. Nach 10 Jahren wird unser Geld fast ein Viertel weniger wert sein. Zentralbanken sind und waren stets Inflationsbehörden.

Zugleich verlieren inflationsbedingt alle Geldanlagen an Wert, die geringer verzinst werden als die Geldentwertung (negative Rendite). Das gilt auch für Tagesgelder und Geldmarktfonds sowie Staatsanleihen. Die umfangreichen Käufe von Schuldpapieren des Staates und der Unternehmen (sogenannte Anleihen) haben auch die langfristigen Zinsen gegen Null und ins Negative gedrückt. Der Negativzins ist ein negativer Preis und ein politisches Phänomen. Geschäftsbanken zahlen negative Zinsen, wenn sie Geld bei der EZB einlegen.

Der euphemistische Begriff Negativzinsen weist auf die Verringerung des Vermögens hin. Banken und Versicherungen, Pensionsfonds und Vermögensverwaltungen sowie zunehmend Privatanleger und Bürger mit liquiden Mitteln sind betroffen. Die Erhaltung des Realwerts eines gerade kleinen Vermögens wird sukzessive schwieriger.

Die tatsächliche Geldentwertung liegt deutlich höher als die deklarierte Konsumgüter-Inflation. Vermögenspreise sind drastisch gestiegen, in Deutschland um fast 12% (bereinigt fast 10%) allein 2020. Und die Preise für Dienstleistungen sind z.B. in den USA stark gestiegen, u.a. für Bildung.

Die Geldentwertung macht das Ausweichen in Sachwerte und Vermögenswerte attraktiv, deren Wert nicht verfällt. Deren Preise steigen entsprechend außerordentlich.

Die angestrebte Geldentwertung belastet Bürger und Unternehmen zusätzlich zu Steuern und Abgaben. Sie nutzt Schuldner, darunter dem größten Schuldner: dem Staat. Die aufgeblähte Geldmenge treibt den Finanzsektor, Börsen eingeschlossen. Allerdings leiden Banken unter der de facto Abschaffung der Zinsen. Die politisch verzerrten Zinsen üben keine Koordinationsfunktion mehr aus.

Fast alle namhaften Zentralbanken werden die Geldentwertung weiter praktizieren und absehbar forcieren. Ein Ausstieg aus ihrer jahrelangen expansiven Politik, die als Reaktion auf Finanz-, Wirtschafts- und Gesundheitskrisen deklariert wurde und längst in offene Staats- und Unternehmensfinanzierung übergegangen ist, kann nicht mehr aufgegeben werden, ohne zu

einer einschneidenden Korrektur inklusive Staats- und Unternehmensbankrotten zu führen. Eine weitere Finanz- und Schuldenkrise in erneut größerem Ausmaß ist in der Blasenökonomie der Zentralbanken unausweichlich, es sei denn, die Entschuldung durch Geldentwertung gelingt ohne in eine Hyperinflation hineinzugeraten. Das bedeutet jedoch wahrscheinlich japanische Verhältnisse: Stagflation, Zombieökonomie, Verarmung der unteren Schichten, Gewinne für die wenigen Begünstigten, soziale Ungerechtigkeit.

1. Inflation: Definition und Abgrenzung

Inflation ist die Ausweitung der Geldmenge – über den Anstieg der Gütermenge hinaus. Mit Milton Friedman: “Inflation is always and everywhere a monetary phenomenon”. Dieses monetäre Phänomen wird heute vielfach mit der daraus folgenden Teuerung (auch Preisinflation) verwechselt, insbesondere mit Preissteigerungen auf breiter Front und vor allem für Konsumgüter. Anhaltende Preissteigerungen von vielen Gütern und Dienstleistungen können indes erst nach einer vorangegangenen Geldmengenerhöhung zustande kommen. Bei gleichbleibender Geldmenge ändert sich das relative Preisgefüge, aber nicht das Preisniveau. Bei solider Geldpolitik steigen Preise und andere sinken. Produktivitätsfortschritte können in sinkenden Preisen sichtbar werden. Inflation ist ein monetäres Phänomen.

Temporäre Preissteigerungen sind durch Nachfrageüberhänge (= Knappheit) bedingt. Entweder steigt die Nachfrage schneller als das Angebot (gesamtwirtschaftlich = Aufschwung) oder das Angebot sinkt unter die Nachfrage (gesamtwirtschaftlich = Abschwung/ Rezession).

Inflation ist kein durch “Kostendruck“ oder Preispolitik verursachtes Ereignis. Energiepreise oder Löhne sind nicht verantwortlich für Inflation, genauso wenig knappe Computerchips, sondern die vorangegangene Geldpolitik der Zentralbank. Die Preise für Benzin, Strom und Lebensmittel können durch Veränderungen der Angebots- und Nachfrageverhältnisse noch so stark steigen: Es kann hierdurch keine Preisniveau-Erhöhung stattfinden, wenn die Geldmenge nicht vorher gestiegen ist. Der Wasserpegel der Badewanne steigt nur durch Einleiten von mehr Wasser.

2. Inflationsempirie

Der Zusammenhang zwischen steigenden Geldmengen und steigendem Preisniveau ist theoretisch eindeutig begründet und auch empirisch nachgewiesen, etwa für den gesamten Zeitraum zwischen 1913 und 2010. Eine stark wachsende Geldmenge schlug sich über kurz oder lang in einem stark ansteigenden Preisniveau nieder. Erhebliche Inflationsprozesse sind sowohl in Deutschland als auch den USA monetärer Natur. Die Empirie zeigt zudem eindeutig, dass Inflation in beiden Ländern immer wieder eingesetzt wurde, um Arbeitslosigkeit zu

verringern. Schließlich ist der Zusammenhang zwischen Staatsausgaben und Inflation sowohl in Deutschland als auch in den USA über mehr als 100 Jahre hinweg eindeutig. Steigende Arbeitslosigkeit und steigende staatliche Verschuldung fördern inflationäre Geldpolitik.

3. Die Kosten von Inflation werden unterschätzt

Wesentliche Kosten infolge der Erhöhung des Preisniveaus umfassen die Wertminderung des Geldes und damit der Ersparnisse – Inflation wirkt wie eine Steuer – und die Umverteilung von Wohlstand zu den Schuldnern von den Gläubigern, was zu einer verringerten oder verweigerten Kreditvergabe führen kann.

Inflation verändert das Preisgefüge. Weithin bekannt geworden ist seit der Finanzkrise die Vermögenspreisinflation. Kosten durch relative Preisänderungen umfassen: die Fehlallokation von Ressourcen, die Verzerrungen des Preisgefüges im Verhältnis zu den Wünschen und Bedürfnissen der Marktteilnehmer, Störungen der Entdeckungs- und Koordinationsfunktion der Preise, Zersetzen der monetären Kalkulation von Konsumenten und Unternehmern, Verleitung zur Spekulation statt Sparsamkeit, Entmutigen von Arbeit und Kosten für den Schutz vor Inflation.

Inflation zersetzt die Marktwirtschaft, zerstört Vertrauen in die Politik und verleitet zum Interventionismus.

4. Inflation kann leicht gestoppt werden

Die Ursache von Inflation ist die Ausweitung der Geld- und Kreditmenge. Sobald die Ausweitung der Geld- und Kreditmenge gestoppt respektive diese verringert wird, stoppt auch die Inflation. Zwar ist dieser unumgehbare Mechanismus simpel, aber der Politik und den Zentralbanken fällt es schwer, auf die geldpolitische Bremse zu treten. Es fehlt nicht an Begründungen, die erst in jüngerer Zeit das zweifelhafte Selbstlob der Zentralbanken beinhaltet, Krisen (und damit notwendige Bereinigungen) verhindert und die Wirtschaft angefacht zu haben (künstlicher Boom). Stets gibt es eine Gruppe Inflationsbegünstigter, die Nachteile von einer Rückkehr zu solider Geldpolitik hat. Seit Jahrtausenden haben in allererster Linie die Herrschenden von dieser Falschmünzerei profitiert.

Immerhin kann Inflationspolitik nicht dauerhaft durchgeführt werden, weil sonst die Währung ruiniert wird und die Bürger in Alternativen ausweichen müssen. Auf Hyperinflationen folgten Währungsreformen – und politische Umbrüche. Hyperinflationen sind fast ausnahmslos ein modernes Phänomen ungedeckter staatlicher Währungen.

5. Zentralbanken sind Inflationsbehörden

Die herrschende Meinung legte heute viel Wert darauf, dass westliche Zentralbanken unabhängig sind. Tatsächlich mangelt es den Staatsmonopolisten an Wettbewerb. Das Privileg des staatlichen Papiergeldmonopols erlaubt es der Zentralbank, das Geld- und Kreditangebot beliebig auszuweiten. Es gibt nur ein gesetzliches Zahlungsmittel. Die Vorstände der Zentralbanken werden politisch besetzt. Als Behörden sind sie vielfachem Druck ausgesetzt, durch (zu) niedrige Zinsen eine wirtschaftliches Wachstum fördernde Geldpolitik zu verfolgen. Inzwischen ist man stolz, inflationäre Geld- und Fiskalpolitik koordiniert zu haben.

Zentralbanken wurden aus fiskalischen Gründen etabliert, insbesondere zur Staatsfinanzierung. Sie sollten die Regierung bzw. die herrschenden Monarchen durch das Währungsprivileg stützen. Erst später kam die Vorstellung hinzu, Zentralbanken könnten die Volkswirtschaft eines Landes stabilisieren. Das vermeintliche Schmieren des Wirtschaftswachstums verhindert Bereinigungen von Missständen und versetzt die Geschäftsbanken in die Lage, ihre Aktivitäten und parallel ihre Gewinne massiv auszuweiten. Das sorgt für wiederkehrende Finanzkrisen.

6. Inflationsprozess verstärkt soziale Ungerechtigkeit

Die staatlich betriebene Inflation bewirkt eine Umverteilung von den armen, kapitallosen Schichten zu den wenigen Wohlhabenden. Inflation erschwert Vermögensbildung und suggeriert steigenden Wohlstand durch steigende Börsen.

Wird die Geldmenge ausgeweitet, steigen die Güterpreise nicht auf einen Schlag. Nach einer Verdoppelung der Geldmenge über Nacht wachen wir am Morgen nicht auf und haben alle doppelt so viel Geld im Portemonnaie und auf unserem Konto. Und auch die Güterpreise verdoppeln sich nicht gleichmäßig. Vielmehr trifft das Ausweiten der Geldmenge verschiedene Menschen in sehr unterschiedlichem Maße (Cantillon-Effekt). Zunächst steigen die Preise in den Branchen, in denen das zusätzliche Geld zuerst ankommt und zum Kaufen verwendet wird. Dort sitzen die Wohlhabenden. Zuletzt erreicht es die Armen bei bereits gestiegenen Preisen.

Die Vermögenspreisinflation erschwert den Erwerb von Immobilien für wenig Wohlhabende. Die Negativzinsen verhindern den Vermögensaufbau für einfache Bürger und erschweren die Weitergabe an die nächste Generation.

7. Inflationsgewinner: Staat und Finanzwirtschaft

Staat, Finanzinstitute und alle diejenigen, die das neu geschaffene Geld zuerst in die Hände bekommen, können mit dem frischen Geld arbeiten und zu unveränderten Preisen kaufen. Sie

sind die Gewinner. Diejenigen, die das frische Geld später erhalten, können die Güter und Dienstleistungen nur noch zu bereits gestiegenen Preisen kaufen. Die Normalbürger sind die Inflationsverlierer. In Finanzmetropolen und Regierungssitzen sind Gehälter, Preise und Mieten überdurchschnittlich hoch. Zudem wirkt sich Vermögenspreisinflation vorteilhaft für Vermögende aus und nachteilig für diejenigen ohne Vermögen. Die Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung steigt, die Entscheidung über Wohl und Wehe von Bürgern und (Kleinst-)Unternehmen liegt nicht mehr primär beim Markt, sondern zunehmend beim Staat.

8. Inflationisten: Politiker, Banker, Ökonomen, Journalisten ...

Inflation in Maßen findet Unterstützung durch

- Politiker, weil sie auf diesem Weg heimliche Steuern eintreiben können,
- Bankmanager, weil sie mehr Kredite vergeben können und steigende Börsenkurse Anlagemöglichkeiten und Vermögen wachsen lassen, allerdings leiden sie unter dem weggebrochenen Zinsgeschäft,
- Ökonomen, weil sie passend zu Lehren von Keynes glauben, Geldentwertung fördere Wachstum und Beschäftigung, und
- einige Journalisten „plappern das nach“ wie es Roland Baader formulierte.

... und Bürger verantworten Inflation

Für eine tieferliegende Inflationsgefahr tragen die Bürger selbst Verantwortung: die Nachfrage nach staatlichen Leistungen. Solange der Staat der Adressat für die Lösung vieler Probleme ist, benötigt er viel Geld. Deren Finanzierung führt zu höheren Steuern und Abgaben, einer höheren Verschuldung und dem Anreiz, über die Geldentwertung und die damit forcierte kalte Progression die Finanzierung zu erleichtern. Der Widerstand gegen diese Finanzierung ist gering. Die bürokratische und politisierte Umverteilungsmaschinerie lässt sich als Bestechung der Bürger mit dem Geld der Bürger und ihrem entwerteten Geld begreifen. Sukzessive schwindet das Bewusstsein dafür, dass man nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben kann, als man einnimmt. Konsum wird zur Tugend, gar zum Anrecht.

9. Deflation ist in einer Marktwirtschaft heilsam

Deflation ist das Gegenstück zur Inflation. Deflation ist zu allererst eine Reaktion auf die vorangegangene Inflation. Die Geldmenge schrumpft nach einer inflationären Geldmengenausweitung wieder. Dabei entlarvt die Deflation Investitionen, die erst im Zuge der Inflation in Gang gesetzt wurden, als unrentable Projekte. Rezession und Arbeitslosigkeit sind in einem solchen Fall regelmäßig die Folge. Preise fallen und die Wirtschaftsleistung schrumpft. Weil Unternehmen, Banken und Staaten im Zuge der Deflation Pleite gehen,

verlieren Sparer Ersparnisse.

Zweifelsohne ist die Deflation, wirtschaftlich wie politisch, eine schmerzhaft Entwicklung, für viele Menschen auch eine bittere Ernüchterung. Gleichwohl gilt: Die Inflation ruft die Blasenbildung hervor, die Deflation entzieht der Blase die Luft. Und die Korrektur ist notwendig, um zu einer gesunden, prosperierenden Wirtschaftsentwicklung zurückkehren zu können.

Sehr selten kommt es in einem ungedeckten Papiergeldsystem – und dann durch zusätzliche schwere Interventionen verursacht – nach einer Inflation zu einer deflationären Abwärtsspirale

10. Inflationperspektive

Die längst im Alltag spürbare Teuerung bzw. Geldentwertung wird kurz- bis mittelfristig anhalten und wie bereits angekündigt in Deutschland zunehmen. Zentralbanken werden weiter versprechen, die angestrebte Geldentwertung durch Geldvermehrung zu kontrollieren. Um die Zinsen niedrig zu halten, werden mehr und mehr Staatsanleihen gekauft werden müssen und immer mehr Geld fließt in den Wirtschaftskreislauf, der die Zinsen nach oben drückt. Theorie und Geschichte zeigen, Inflationpolitik ist nicht dauerhaft durchhaltbar. Zudem sind Symptome der japanischen Krankheit in Deutschland und Europa unübersehbar: reale Stagflation mit (verdeckter) Arbeitslosigkeit, sinkender Produktivität, Zombieunternehmen und stagnierendem oder sinkendem realen Wohlstand. Die Vermögenspreisinflation wird ohne geldpolitische Umkehr langfristig bestehen.

Vor Inflation und Finanzkrisen schützt – zeitweise – eine strikte Regelbindung der Geldpolitik (z.B. Taylor rule, idealerweise Goldstandard) statt diskretionärer Politik und vor allem ein Währungswettbewerb, idealerweise ein nicht-staatlicher. Voraussetzung ist zudem, das Verständnis wieder zu erlangen, dass es nicht die Aufgabe einer Geldbehörde ist, Wachstum, Beschäftigung, Umwelt- oder sonstige Politik zu unterstützen. Parallel gilt es wieder neu zu begreifen, dass der Staat der schlechteste Wirtschaftsakteur ist und seine Interventionen Krisen befeuern.

Die Jahrhundertaufgabe ist die Trennung von Staat und Markt. Dazu gehören auch wirksame Schuldenbremsen und niedrige Staatsquoten. Eine politisch unabhängige Zentralbank ist Wunschdenken, zumal damit der Glaube an die Überlegenheit von technokratischen Experten verbunden ist. Mehr direkte Abstimmungen der Bürger über das Preis-Leistungsverhältnis von Politik und Staaten im Wettbewerb wären nachweislich hilfreich. Experimente mit neuen Währungen und deren Vielfalt könnten zu einem Herauswachsen aus dem Staatsgeldsystem

und seiner regelmäßigen Zerrüttung führen.

11. Inflationsstimmen

„Die Inflation muss vielmehr als das hingestellt werden, was sie wirklich ist, nämlich als Betrug am Staatsbürger, der um einen Teil seines Einkommens aber noch mehr um seine Ersparnisse gebracht wird. Die Inflation schmälert nicht nur das Einkommen, sondern zerstört die Existenzgrundlagen. Eng damit zusammen hängt die Illusion, dass die Inflation wachstumsfördernd und somit Garant der Arbeitsplätze sei.“

Ludwig Erhard, Inflation ist Betrug am Bürger, Saarbrücker Landeszeitung, 29. Januar 1972.

„Es kann gar nicht zu oft gesagt werden, dass Inflation nie eine unvermeidbare Naturkatastrophe ist; sie ist immer die Folge der Schwäche oder Unwissenheit der verantwortlichen Währungspolitiker.“

Friedrich August von Hayek, Verfassung der Freiheit, 374.

„Erst die Papierwährung hat uns gelehrt, was das Wort ‚Inflation‘ bedeutet, ja es gibt kaum eine einzige Papierwährung, die nicht früher oder später der Entwertung anheimgefallen ist, weil die verantwortliche Regierung entweder nicht im Stande war oder gar nicht die Absicht hatte, die Geldmenge knapp zu halten.“

Wilhelm Röpke, Lehre von der Wirtschaft, 140.

“Mit dem kontinuierlichen Prozeß der Inflation kann der Staat heimlich und unbeachtet einen großen Teil des Reichtums seiner Bürger konfiszieren. Mit dieser Methode können die Regierungen nicht nur konfiszieren, sondern willkürlich konfiszieren... Der Prozeß stellt alle verborgenen Kräfte der ökonomischen Gesetze in den Dienst der Zerstörung, und er macht es auf eine Art und Weise, die nicht einer aus einer Million Menschen zu erkennen vermag.“

John Maynard Keynes, 1920



